

Sociology in Switzerland

Social Movements, Pressure Groups and Political Parties

Cleavages im Schweizer Parteiensystem: Gestern, heute, morgen

Lorenz Biberstein

lorenzbiberstein@yahoo.com

Zürich, Januar 2008

Bibliographische Zitation:

Biberstein, Lorenz: Cleavages im Schweizer Parteiensystem: Gestern, heute, morgen. In: Sociology in Switzerland: Social Movements, Pressure Groups and Political Parties.
http://socio.ch/movpar/t_biberstein.pdf

Zusammenfassung

Parteien sind das Abbild von in der Gesellschaft vorherrschenden sozialen Konflikten. So üben Cleavages bereits seit der Demokratisierung der Europäischen Staaten Einfluss auf die vorherrschenden Parteiensysteme aus. Lipset und Rokkan haben 1967 vier historische Konfliktlinien unterschieden, welche die verschiedenen Europäischen Parteiensysteme unterschiedlich beeinflusst haben: Zentrum-Peripherie, Staat-Kirche, Stadt-Land und Arbeit-Kapital. Gleichzeitig stellten sie die These auf, dass das Muster der Parteiensysteme immer noch die Cleavages der 1920er Jahren repräsentiere, dass sich das System also „eingefroren“ habe.

Die vier genannten Cleavages kommen auch in der Schweiz immer noch zum Ausdruck, wenn auch ihr Einfluss auf die heutige Politik mehr und mehr umstritten ist. In dieser Arbeit wird deshalb das Schweizer Parteiensystem im Hinblick auf diese vier Spaltungen in drei Richtungen untersucht:

1. Wie wirkten sich die Cleavages bei der Bildung von neuen Parteien aus?
2. Welche Cleavages üben heute noch Einfluss aus?
3. Haben sich neue Cleavages entwickelt, wo können soziale Konfliktlinien zukünftig Einfluss auf das Schweizer Parteiensystem ausüben?

Es wird hier die Meinung vertreten, dass zwar die einflussreicheren Cleavages (speziell die Religion) auch heute noch einen Einfluss ausüben, dieser aber kontinuierlich abnimmt. Dies wird von einer ideologischen Neuorientierung der Parteien begleitet; so ist die SVP längst nicht mehr eine reine Bauern- und Gewerbspartei, und die SP vertritt nicht mehr klassische Arbeiterthemen, sondern verstärkt Wertkonflikte und Ziele des Postmaterialismus. Speziell können hier der Wert-Cleavage in der neuen Mittelschicht und die Spaltung zwischen den Gewinnern und den Verlierern der Globalisierung genannt werden. Ob es sich dabei tatsächlich um neue Cleavages handelt, muss die Forschung erst noch empirisch schlüssig belegen, klar ist aber, dass heute die Parteien in der Schweiz nicht mehr von den Konfliktstrukturen bewegt werden, welche einst zu ihrer Gründung führten.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| 1 Einleitung..... | 4 |
| 2 Parteiensysteme..... | 5 |
| 2.1 Einordnung von Parteiensystemen..... | 5 |
| 2.2 Der soziologische Ansatz..... | 6 |
| 3 Cleavages..... | 7 |
| 3.1 Die vier Cleavages bei Lipset und Rokkan..... | 7 |
| 3.1.1 Zentrum-Peripherie..... | 8 |
| 3.1.2 Staat-Kirche..... | 9 |
| 3.1.3 Stadt-Land..... | 10 |
| 3.1.4 Arbeit-Kapital..... | 10 |
| 3.2 Umsetzung von Cleavages in Politik..... | 11 |
| 3.3 Die „Frozen-Party-Systems“-These..... | 12 |
| 4 Der Fall Schweiz..... | 13 |
| 4.1 Das Schweizer Parteiensystem..... | 13 |
| 4.1.1 Entstehung und Entwicklung..... | 14 |
| 4.1.2 Wandel der Parteien..... | 14 |
| 4.2 Cleavages in der Schweiz, gestern und heute..... | 16 |
| 4.2.1 Zentrum-Peripherie und Staat-Kirche..... | 17 |
| 4.2.2 Materialisten-Postmaterialisten..... | 19 |
| 4.2.3 Stadt-Land..... | 19 |
| 4.2.4 Arbeit-Kapital..... | 20 |
| 4.3 Cleavages von morgen..... | 21 |
| 4.3.1 Der Wert-Cleavage zwischen Managern und soziokulturellen Professionals..... | 23 |
| 4.3.2 Der Cleavage zwischen Verlierern und Gewinnern der Globalisierung..... | 24 |
| 4.4 „Frozen-Party-Systems“ in der Schweiz?..... | 26 |
| 4.5 Der Aufstieg der SVP als Beispiel für den Einfluss neuer Cleavages auf das Parteiensystem..... | 27 |
| 5 Fazit und Ausblick..... | 30 |
| Literatur..... | 32 |

Abbildungsverzeichnis

| | |
|--|---|
| Abbildung 1: Cleavages nach Lipset und Rokkan..... | 8 |
|--|---|

1 Einleitung

Wieso unterscheiden sich Parteiensysteme in einigen Ländern so stark und sind in anderen Ländern so ähnlich? Um Parteiensysteme zu erklären gibt es verschiedene Ansätze. Einer von ihnen – der soziologische Ansatz – geht davon aus, dass Parteien und Parteiensysteme das politische Abbild von historischen sozialen Konflikten und der Art und Weise, wie diese Konflikte gelöst wurden, darstellen. Lipset und Rokkan (1967) formulierten 1967 vier Cleavages, welche in der Europäischen Geschichte in den letzten Jahrhunderten die Politik und die Bildung von Parteien determinierten. Diese Cleavages finden sich auch in der Schweiz, jedoch mit der Besonderheit, dass sie hier wegen dem Föderalismus in den Kantonen unterschiedlichen Einfluss ausüben konnten.

Diese Arbeit soll von der folgenden Forschungsfrage geleitet werden:

Wie haben Cleavages das Schweizer Parteiensystem in der Vergangenheit beeinflusst, welche Cleavages üben heute noch Einfluss aus und welche werden in Zukunft von Wichtigkeit sein?

Diese Frage soll in erster Linie anhand des Cleavage-Ansatzes von Stein und Rokkan geklärt werden, vor allem soll auch darauf geschaut werden, ob deren „Frozen-Party-Systems“-These in der Schweiz immer noch Gültigkeit hat.

Diese Arbeit stützt sich auf die relevante Literatur von Lipset und Rokkan (1967), Ladner (2004), Steininger (1984), Kriesi (1998, 2005) und nicht zuletzt auch auf die Seminararbeit von Hanna Schwander (2005), welche sich einem sehr ähnlichen Thema widmete. Wo diese jedoch den Schwerpunkt auf der „Frozen-Party-Systems“-These legt, soll hier bereits ein Schritt weiter gegangen werden und der Aufstieg der SVP als Sinnbild für die veränderte Parteienlandschaft genauer betrachtet werden.

2 Parteiensysteme

In diesem Kapitel soll kurz die allgemeine Theorie von Parteien und Parteiensystemen angesprochen werden, während in Kapitel 4.1 dann konkret auf das Schweizer Parteiensystem eingegangen wird.

Steininger (1984, 77) definiert eine Partei als eine „extrakonstitutionelle, freiwillige Vereinigung zum Erwerb der Position politischer Herrschaft“. Damit sind gleich drei der wichtigen Eigenschaften von politischen Parteien genannt: Parteien sind extrakonstitutionell, das heisst, sie interagieren zwar mit dem Staat, sind aber kein Teil von ihm und Beschlüsse von Parteien sind vom Standpunkt

des Rechts aus gesehen unverbindliche und unmassgebliche Äusserungen eines dem Staatsorganismus fremden sozialen Körpers.

Steiningers Definition ist bewusst offen gehalten, denn Ware (1996, 2ff.) würde dem Ziel des Erwerbs einer Position politischer Herrschaft widersprechen; so gibt es Parteien, die andere Ziele verfolgen, sei es die Autonomie einer bestimmten Region (in Kanada, Spanien oder Irland), die Umgestaltung der Gesellschaft (kommunistische Parteien) oder sich aber (aus Protest gegen das herrschende Regime, sei dieses nun legitim oder illegitim) gar nicht erst an Wahlen beteiligen. Da es allerdings für viele der zuerst genannten Ziele unerlässlich ist, ein gewisses Mass an politischer Macht inne zu haben, kann die offene Definition von Steininger durchaus bestehen bleiben.

2.1 Einordnung von Parteiensystemen

Parteiensysteme lassen sich nach verschiedenen Kriterien ordnen; nach Anzahl der (aktiven) Parteien, nach Art der Regierungsbildung, nach Art der Wahlformel (im Sinne von Verhältnis- oder Mehrheitswahl) etc. Häufig liegt jedoch der Fokus auf der Anzahl der politischen Parteien, da dieser Gesichtspunkt u.a. auch durch die Wahlformel bestimmt wird. So bringt ein Verhältniswahlrecht meistens ein Mehrparteiensystem mit sich, während ein Mehrheitswahlrecht dazu tendiert, die Anzahl politischer Parteien tiefer zu halten (vgl. Duverger, 1951).

Neben der Wahlformel üben aber auch noch andere Faktoren Einfluss auf das Parteiensystem aus. Es lassen sich institutionelle, soziologische und kompetitive Ansätze unterscheiden. Dabei ist allerdings wichtig zu beachten, dass keiner der drei Ansätze für sich in Anspruch nehmen kann, die alleinige Wahrheit zu vertreten. Ware (1996, 199) formuliert deshalb eine Kombination aus soziologischem und institutionellem Ansatz. Der Fokus soll in dieser Arbeit auf dem soziologischen Ansatz von Lipset und Rokkan liegen während auf den institutionellen und den kompetitiven Ansatz aus Platzgründen nicht weiter eingegangen wird.

2.2 Der soziologische Ansatz

Der soziologische Ansatz geht davon aus, dass politische Phänomene primär durch zu Grunde liegende soziologische Gründe erklärt werden. Besteht beispielsweise eine sozialdemokratische Partei, so ist dies darauf zurückzuführen, dass in der Gesellschaft eine Gruppe von Personen besteht, die ihre Interessen durch die sozialdemokratische Partei vertreten haben wollen, oder dass durch andere politische Kräfte eine Bedrohung besteht, die die Partei abwenden soll.

Sartori äussert auf Grund von empirischen Ergebnissen erhebliche Zweifel, ob tatsächlich ein Zusammenhang zwischen Parteien und Interessen unterschiedlicher Klassen besteht (Sartori, 1968, 6, zitiert in Steininger, 1984, 150). Er stellt fest, dass zum Beispiel in England, wo allgemein ein besonders starker Zusammenhang zwischen Klassenzugehörigkeit und Wahlverhalten vermutet wird, ein Drittel der Arbeiter konservativ wählt und so etwa die Hälfte der konservativen Stimmen stellt. Dieser Sachverhalt lässt sich allerdings auch zur Stärkung des Cleavage-Ansatzes interpretieren: In Grossbritannien konnte die Arbeiterbewegung eventuell bereits früh in die politischen Strukturen eingebunden werden, was der Bildung einer ausgeprägten sozialdemokratischen oder gar kommunistischen Arbeiterpartei entgegenwirkte.

Steininger (1984, 151) schliesst daraus, dass sich Parteiensysteme nicht primär an der Sozialstruktur, nicht einmal an der Struktur *sozialer* Konflikte, sondern an der Struktur *politischer* Konflikte orientieren. Es sind also nicht die Cleavages selbst, welche Einfluss auf die Parteiensysteme ausüben, sondern deren Manifestation in politischen Konflikten.

3 Cleavages

Die Idee des Cleavage-Ansatzes lässt sich wie folgt kurz zusammenfassen: Die Struktur des Parteiensystems in Europa ist weitgehend auf soziale Spannungen und Konflikte innerhalb der Gesellschaft und darauf, wie diese Konflikte gelöst wurden, zurückzuführen. Der Grund: Die Politisierung und Mobilisierung der Bevölkerung bei der Ausbreitung des Wahlrechts führte zu dauerhaften Bindungen zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen und entsprechenden Parteien. Gemäss Bartolini und Mair (1990, 213, zitiert in Ladner, 2004, 284) müssen Cleavages über drei Elemente verfügen:

- *Empirisches Element:* Ein Cleavage muss eine soziale Spaltung beinhalten, welche eine Bevölkerungsgruppe aufgrund eines sozialen Merkmales definiert und von einer anderen Bevölkerungsgruppe abtrennt (z.B.: Beschäftigung, Status, Religion oder Ethnie). Die die sozialen Gruppen trennenden Merkmale können also sozioökonomischer, soziokultureller oder demographischer Art sein.
- *Normatives Element:* Diese Spaltung muss den betroffenen Bevölkerungsgruppen bewusst sein, was sich in einem Gefühl kollektiver Identität äussert. Weiter müssen die betroffenen Personen auch bereit sein, auf Grund dieses Bewusstseins zu handeln.
- *Organisatorisches Element:* Damit aus einer sozialen Spaltung ein Cleavage wird, muss auch eine organisatorische Ausprägung vorhanden sein, Arbeiter formieren sich in Gewerkschaften, religiöse Gruppen in ihrer jeweiligen Kirche, politische Bewegungen formieren politische Parteien. Es ist also wichtig zu beachten, dass nicht nur Parteien als mögliche Form dieser organisatorischen Ausprägung in Frage kommen (Ladner 2004).

3.1 Die vier Cleavages bei Lipset und Rokkan

Nach Lipset und Rokkan (1967) finden sich in der europäischen Geschichte vier grundlegende Cleavages, welche je aus zwei unterschiedlichen gesellschaftlichen Wandlungen und daraus folgenden Revolutionen hervorgegangen sind (Abbildung 1). Die ersten drei Cleavages (Zentrum-Peripherie, Staat-Kirche und Stadt-Land) vermögen die Unterschiede zwischen verschiedenen Parteiensystemen aufzuzeigen, der letzte Cleavage (Arbeit-Kapital) erklärt hingegen Ähnlichkeiten.

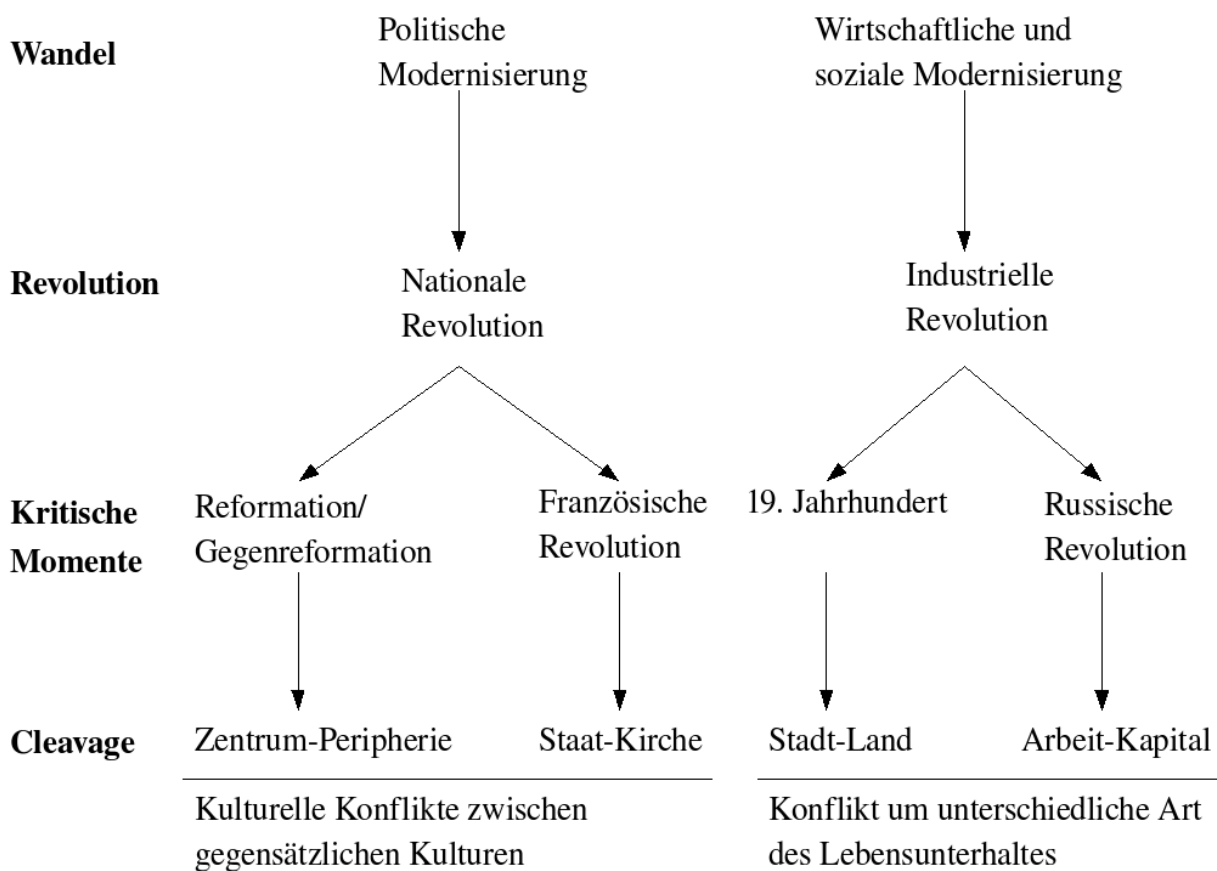


Abbildung 1: Cleavages nach Lipset und Rokkan

(Quelle: Ladner, 2004, 32-33)

3.1.1 Zentrum-Peripherie

Hierbei handelt es sich um die erste Spaltung in den Europäischen Gesellschaften. Ihr Ursprung liegt in der Reformation und Gegenreformation im 16. und 17. Jahrhundert, welche sich primär um zwei Themen drehte (Ware, 1996, 186):

1. Soll die Religion der Gesellschaft national oder international sein?
2. Welche Sprache soll national durchgesetzt werden? Das Latein als internationale, vereinigende Sprache oder die nationalen Sprachen?

Der Zentrum-Peripherie-Konflikt ist eine Auseinandersetzung zwischen Kräften, welche den Nationalstaat bilden wollen und anderen, die sich ihm widersetzen. Im Zuge der Entstehung von Nationalstaaten als Folge von nationalen Revolutionen wurde von staatlicher Seite versucht, für alle Bürger im Land einheitliche Rahmenbedingungen in Form von einheitlichen Gesetzen, Märkte und Kulturen zu bilden. Die Akteure, die dies versuchten, fanden sich typischerweise im Zentrum des Staates, was zur Folge hatte, dass die peripheren Kräfte um ihre Unabhängigkeit fürchteten.

Zwar waren die nationalen Revolutionen, in denen sich zentralisierte Nationalstaaten bildeten, über ganz Europa verbreitet, jedoch mit stark unterschiedlich nationalen Ausprägungen. Gerade in Nordeuropa (England und Skandinavien) kam es zum Bruch mit der internationalen – Römisch- Katholischen – Kirche. In diesen Ländern konnten sich die Nationalstaaten unabhängig von der Katholischen Kirche entwickeln, während sich weiter südlich (Holland, Deutschland, Schweiz) Protestanten und Katholiken Gebiete innerhalb des Staates teilten. In Südeuropa war die Macht der Katholischen Kirche stark genug um – zumindest in gewissen Bereichen – Einfluss auf die Politik nehmen zu können.

3.1.1.1 Linguistischer Cleavage

Als zweiter Konflikt, welcher sich jedoch häufig mit dem Zentrum-Peripherie-Konflikt deckt, und während der Bildung von Nationalstaaten virulent wurde, gilt der linguistische Konflikt. Während die meisten politischen Eliten zu der Zeit Latein sprachen, fand sich in vielen Staaten ein heterogenes Gemisch an verschiedenen Sprachen. Wo im Zentrum des Landes vom Volk eine einzige Sprache gesprochen wurde, wie in England, war es möglich, diese Sprache auch in die Peripherien zu tragen. In Ländern wie Spanien allerdings haben bis heute linguistisch separate Gemeinschaften überlebt (Ware, 1996, 187).

3.1.2 Staat-Kirche

Die zweite Phase der Nationalen Revolution begann mit der Französischen Revolution 1789, welche eine engere Verbindung des Staates und der Bevölkerung (die sich zu politischen Bürgern entwickelte) mit sich brachte. Um sich die Loyalität der Bürger zu sichern, suchte der Staat die Kontrolle über die „Initiierung“ der Personen in die Gesellschaft, und somit über die Bildung der Bürger (Ware, 1996, 187). Dies wiederum erzeugte einen (weiteren) Konflikt zwischen dem Staat und der Kirche; vor allem der katholischen Kirche, welche sich ebenfalls für die Bildung der Bürger ver-

antwortlich sah. Hinzu kam die Frage, wer in moralischen Belangen im Staat das letzte Wort haben sollte, was früher ebenfalls die Domäne der Kirche gewesen war.

Je nach Ausprägung der Kirche entwickelte sich der Cleavage in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich. Protestantische Kirchen hatten kaum Anreiz, gegen die staatliche Politik zu opponieren, die katholische Kirche betrachtete sich hingegen als überstaatliche Instanz (Lipset, 1967, 15). Daraus folgte, dass katholische Kräfte viel stärker versuchten, ihre eigenen Interessen durchzusetzen, was sich wiederum in der Gründung von eigenen Schulen und dem Versuch, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen, widerspiegelte. In Ländern wie der Schweiz, wo sich eine starke katholische Minderheit findet, ist dieser Konflikt denn auch stärker ausgeprägt (Schwander, 2005, 5).

3.1.3 Stadt-Land

Der dritte Cleavage in der Europäischen Geschichte wurde ausgelöst durch die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert und wird von Ware als Cleavage „Land-Industrie“ bezeichnet (Ware, 1996, 187). Der erste Konflikt entstand zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Interessen und war in erster Linie auf Tarife und Steuern (um die Landwirtschaft zu schützen) gegenüber der wirtschaftlichen Freiheit gerichtet. Auch hier zeigte sich die Ausprägung von Land zu Land unterschiedlich. Während sich in England dieser Konflikt heute beruhigt hat und keine grossen politischen Auswirkungen mehr zeigt, hat er in der Schweiz zur Bildung der BGB gebildet, welche heute als SVP (wenn auch mit neuer ideologischer Ausrichtung) mehr denn je die Schweizer Politik beeinflusst und polarisiert.

Zusätzlich war der Stadt-Land-Konflikt nicht nur ein wirtschaftlicher Konflikt, sondern auch ein Kampf um Status in der Gesellschaft und um Anerkennung für gebrachte Leistungen und um Wertschätzung der sozialen Stellung (Lipset 1967, 19).

3.1.4 Arbeit-Kapital

Der jüngste Konflikt betrifft den Graben zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern, oder Angestellten und Eigentümer. Zwar hatte dieser Konflikt bereits vor 1917, also vor dem „Kritischen Moment“, Auswirkungen auf die Politik in diversen Ländern, aber erst der Erfolg der kommunistischen Revolution in Russland gab der Arbeiterbewegung den nötigen Schub und die Macht, in der nationalen Politik eine zentrale Rolle spielen zu können.

In Ländern, in denen die Anliegen der Arbeiter als legitim galten, repräsentierte weiter die sozialistische (später sozialdemokratische) Partei die Arbeitnehmerinteressen. Wurden die Anliegen der Arbeiter aber als illegitim betrachtet und ihnen deshalb der Zugang zu den politischen Instanzen und

zur politischen Teilnahme und Macht verweigert, radikalisierte sich ein Teil der Arbeiter und spaltete sich als kommunistische Partei ab.¹

3.2 *Umsetzung von Cleavages in Politik*

Ware (1996, 188) nennt drei Punkte, mit welchen Lipset und Rokkan die Cleavages mit dem Parteiensystem verbinden:

1. Cleavages, welche zum Zeitpunkt der Ausweitung des Wahlrechts und der Nationalisierung der Politik bestanden, übten Einfluss auf die Trennung und Orientierung der neu entstehenden Parteien aus.
2. Politische Regeln und Institutionen zum Zeitpunkt der Politisierung der Massen (vor ca. hundert Jahren) erlaubten nur denjenigen Parteien das politische Überleben, welche über starke Bindungen zu bestimmten Sektoren der Gesellschaft verfügten. Starke Parteien mussten sich also an Identitäten und Interessen in der Gesellschaft orientieren.
3. Anstrengungen, welche die Repräsentation einzelner Gruppen in der Politik vereinfachen sollten (z.B. Einführung des Verhältniswahlrechts in der Schweiz 1919) waren das Ergebnis bereits bestehender Teilungen in der Gesellschaft, nicht die Reaktion auf neue politische Bewegungen. Es gab also zwar Bewegung in den politischen Systemen, nicht aber in der Bevölkerung.

Damit sich aus den Cleavages Parteien bilden, müssen nach Lipset und Rokkan (1967, 26ff., zitiert in Ladner, 2004, 33) vier Hürden überwunden werden:

1. *Legitimation*: Werden die Anliegen der Akteure aus den Cleavages als verschwörerisch zurückgewiesen oder wird den Trägern ein Kritik- und Oppositionsrecht zugestanden?
2. *Inkorporation*: Wird der Mehrheit der Unterstützer der Bewegung das Recht der Wahl der politischen Repräsentanten verwehrt oder haben sie das gleiche Recht wie ihre Gegenspieler?
3. *Repräsentation*: Muss sich die neue Bewegung grösseren oder älteren Bewegungen anschliessen, um Zugang zu repräsentativen Organen zu erhalten oder erreicht sie dies aus eigenen Kräften?
4. *Mehrheitsrecht*: Sind im System Absicherungen gegen eine numerische Mehrheit eingebaut oder ermöglicht ein Wahlsieg einer Partei die Einführung von wichtigen politischen Veränderungen?

¹ So geschehen in Frankreich und Italien. Dies erklärt auch die unterschiedliche Stärke der kommunistischen Parteien in England und Italien. In England wurden die Anliegen der Arbeiter akzeptiert und konnten so von der "regulären" sozialistischen Partei mit legitimen Mitteln der politischen Partizipation vertreten werden, was die Formierung einer kommunistischen Partei verhinderte. Anders in Italien, wo den Arbeitern der Zugang zur Politik lange verweigert wurde, weshalb sich einige zur radikaleren kommunistischen Partei verbündeten.

Für die Schweiz gilt es zusätzlich zu beachten, dass wegen dem ausgeprägten Föderalismus die Umsetzung der Cleavages in die Politik von Kanton zu Kanton unterschiedlich sein kann (Kriesi, 1998, 178).

3.3 Die „Frozen-Party-Systems“-These

Eine wichtige Frage der Cleavage-Forschung ist diejenige nach der Persistenz von historischen Cleavages. Lipset und Rokkan (1967, 50) vertreten hier eine Extremposition: Parteiensysteme seien in den Cleavage-Strukturen der 1920er-Jahren eingefroren: „*The party system of the 1960's reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structures of the 1920's*”.

Diese Aussage ist allerdings umstritten, auch weil sie diametral entgegengesetzt zur Beobachtung von Kirchheimer liegt, wonach sich Parteien immer stärker von ihren ursprünglichen Milieus entfernen und versuchen, möglichst viele Wählerinnen und Wähler anzusprechen. Oberflächlich betrachtet wäre auch die Schweiz ein Paradebeispiel für diese These, dominieren doch seit 1919 FDP, CVP, SVP und SP die Schweizer Politik. Ladner (2004, 308) weist allerdings zu Recht darauf hin, dass damit die Möglichkeit, dass die Parteien heute andere Segmente der Bevölkerung abbilden und dass sich Parteien in ihrer Orientierung wandeln können, ausgeblendet wird. Der in Kapitel 4.5 beschriebene Wandel und Aufstieg der SVP dürfte in der Schweiz das klarste Indiz sein, dass sich diese These in der Schweiz nicht halten lässt.

4 Der Fall Schweiz

4.1 Das Schweizer Parteiensystem

Allgemein haben nationale Parteien eher eine schwache Stellung in der Schweiz, denn sie sehen sich zudem einer Konkurrenz von Interessensverbänden gegenüber, welche bei Vernehmlassungsverfahren oder mittels direkt-demokratischer Mittel (Referenden und Initiativen) ebenfalls einen beträchtlichen Einfluss ausüben können (Ladner, 2006). Nationale Parteien in der Schweiz sind wenig professionalisiert² und verfügen deshalb auch über beschränkte finanzielle Ressourcen (auch weil es in der Schweiz keine staatliche Parteienfinanzierung gibt). Weitere Gründe für die schwache Stellung der nationalen Parteien in der Schweiz sind:

- Soziale und kulturelle Heterogenität

² Ladner und Brändle (2001) stützen diesen Befund grösstenteils noch, in jüngster Zeit scheint es aber Anzeichen dafür zu geben, dass sich gerade die nationalen Parteien verstärkt professionell organisieren möchten (Szöllösy, 2008).

- Kleinheit des Landes (Schmälert Rekrutierungspotenzial)
- Milizsystem („Feierabendpolitiker“)
- Föderalismus und Gemeindeautonomie (Territorial stark unterteilte Wahlkreise, grosse Komplexität auf kleinem Raum, 14 nationale, 180 kantonale und ca. 5000 kommunale Parteien. Grösserer Stellenwert kantonalen Parteien, grosser Koordinationsaufwand für nationale Parteien)
- Direkte Demokratie (Finanzstarke Interessensverbände und mobilisierungsfähige soziale Bewegungen können Parteien in Abstimmungskämpfen überflügeln, und die Bedeutung der nationalen Wahlen sinkt, weil Beschlüsse des Parlamentes und der Regierung mit direktdemokratischen Mitteln wieder umgestossen werden können)
- Konkordanzsystem (sorgt für Stabilität und Kartellbildung unter Regierungsparteien)
- Kollegialitätsprinzip (erschwert einzelnen Regierungsparteien klare politische Profilierung wegen Schwierigkeit der Zuordnung von Verantwortung)

4.1.1 Entstehung und Entwicklung

Wichtig für die Herausbildung des Parteiensystems in der Schweiz waren vor allem die beiden Cleavages Zentrum-Peripherie und Staat-Kirche. Aus diesen beiden Konflikten gingen als erste nationale Parteien die Liberalen (später FDP) und die Katholisch-Konservativen (später CVP) hervor. Die anderen beiden Konflikte Arbeit-Kapital und Stadt-Land führten erst später, nachdem sich die beiden ersten Parteien bereits etabliert hatten, zur Gründung der SP, respektive der BGB (später SVP). Im Einklang mit dem vom Föderalismus und der direkten Demokratie geprägten Schweizer Politiksysteme entstanden die Parteien nicht als Parlamentsfraktionen oder Wahlkomitees, sondern auf tieferer Ebene in Form von Bürgervereinen als Organisation des wahl- und stimmberechtigten Volkes.

Nachdem die ersten 40 Jahre (1848-1891) durch eine von der freisinnigen Partei dominierte Landesregierung geprägt waren, erhielten die Katholisch-Konservativen 1891 einen ersten und 1919 (nach Einführung des Proporzwahlrechts) einen zweiten Sitz in der Regierung. 1929 folgte die BGB, 1943 die SP. Ladner (2006, 321) nennt drei Gründe für die Stabilisierung des Schweizer Parteiensystems als Mehrparteiensystem:

1. Einführung des Verhältniswahlrechts 1919 (beendet Vormachtstellung der Freisinnigen)
2. Integration der anderen grossen Parteien in Regierungsverantwortung (1891 CVP, 1929 SVP, 1943 SP)
3. Einführung der Zauberformel 1959

In jüngster Zeit war das Schweizer Parteiensystem durch weitere Wahlerfolge der SVP und einem damit einhergehenden Vordringen in Stammlande der CVP (vor allem in Innerschweizer Kantonen) und in die Westschweiz geprägt. Ladner (2004, 323) spricht in diesem Zusammenhang von einer „Nationalisierung des Parteiensystems“, welches früher eher lokal und regional geprägt war.

4.1.2 Wandel der Parteien

4.1.2.1 Ideologische Positionierung

Die Selbstverortung der Parteien auf der Links-Rechts-Skala zeigt, dass die politischen Unterschiede in den letzten Jahren nicht kleiner geworden sind. So haben sich die nationale SVP relativ stark nach rechts, die SP eher nach links und die CVP und FDP eher zur Mitte verschoben. Es gilt allerdings zu beachten, dass diese Veränderungen vor allem auf der nationalen Ebene stattfinden (angetrieben durch die starke Polarisierung der nationalen SVP) und weniger auf den tieferen Ebenen.

4.1.2.2 Verankerung in der Bevölkerung

Untersuchungen zeigen eine Abkehr der Parteien von der traditionellen Wählerbasis hin zu einer stärkeren Wählerorientierung (Ladner, 2001). Anders formuliert: Während früher die Bürger die Partei wählten, welche sich am ehesten mit ihren ideologischen Präferenzen deckte und von welcher sie sich die beste Interessensvertretung erhofften, sind es heutzutage die Parteien, welche mit ihren Programmen die Wähler anzuwerben versuchen. Die Parteien formen also ihre Programme nicht mehr nur rein nach ideellen Vorstellungen, sondern auch derart, um das beste Wahlergebnis zu erzielen. Dies wird begleitet von (und auch verursacht durch) einer sinkenden Parteiidentifikation der Bürger, sinkendem Vertrauen in politische Parteien und einer Abnahme der Parteibindung, wovon vor allem die bürgerlichen Mitteparteien FDP und CVP betroffen sind. Gleichzeitig findet sich jedoch auch eine steigende Wahlbereitschaft der Wähler mit Parteiidentifikation.

4.1.2.3 Das Schweizer Parteiensystem in Bewegung

Während die SVP in den letzten Jahren zwar zur stärksten Partei der Schweiz aufgestiegen ist, hat das System der Machtteilung jedoch verhindert, dass die SVP zur absolut dominierenden Kraft wurde.³ Trotzdem bleibt sie klar die national-konservative Kraft auf der rechten Seite.

Spezieller Druck lastet auf den beiden bürgerlichen Mitteparteien, welche sich einer überstarken SVP am rechten Rand und der Unmöglichkeit der linken Positionierung aus Furcht, Wähler zu ver-

³ Man denke an die noch nicht überragende Vertretung der SVP im Ständerat (s. dazu Lachat (2006)) und in den kantonalen Regierungsräten, wo häufig linke Wähler einen bürgerlichen Kandidaten bevorzugen, um den Kandidaten der SVP zu verhindern, oder aber auch bürgerliche Wähler einen linken Kandidaten (aus den gleichen Gründen) auf den Schild heben.

lieren, gegenübersehen. Die CVP hat weiter noch das Problem, dass sie ihre letzten Stammlande in den stark katholisch geprägten Kantonen hat, aber ihre starke Bindung zur katholischen Konfession aufgeben müsste, um sich ideologisch neu zu positionieren um wieder wachsen zu können, Die SP vertritt heute im Gegensatz zu ihrer Gründungszeit eine beinahe völlig neue Klientel; während ihre Ursprünge in der Arbeiterbewegung und dem Arbeit-Kapital-Cleavage lagen, weist sie heute unter allen Parteien den grössten Anteil mit hohem Bildungsniveau und ähnliche Einkommensschichten wie die FDP auf.

4.2 Cleavages in der Schweiz, gestern und heute

Die in Kapitel 3.1 vorgestellten vier historischen Cleavages von Lipset und Rokkan sollen nun mit Fokus auf die Schweiz genauer untersucht werden und sowohl ihr Einfluss auf die Parteienbildung in der Vergangenheit, als auch ihr heutiger Einfluss betrachtet werden. Spezielles Augenmerk soll dabei der „Frozen-Party-Systems“-These geschenkt werden.

Vatter (2003) untersucht in seinem Artikel die Parteienfragmentierung in den Schweizer Kantonen und versucht herauszufinden, was mehr Einfluss auf die Fragmentierung hat: die Cleavage-Struktur oder die elektoralen Institutionen. In seiner Untersuchung benutzt Vatter eine Kombination aus institutionellen Variablen (u. a. das Wahlsystem, die Distriktgrösse und die Wahlhürden), Variablen zur sozialen Heterogenität (religiös, linguistisch und ökonomisch), soziostrukturellen Variablen (u. a. Einwohnerzahlen, Einwohnerdichte und der Anteil der Bevölkerung im Dienstleistungssektor) und ökonomische Variablen (Einkommen pro Kopf) (Vatter, 2003, 451). Er kommt zum Schluss, dass institutionelle Modelle nur die Hälfte der Erklärungskraft von Modellen mit nur Variablen der sozialen Heterogenität aufweisen. Vor allem der religiösen Heterogenität kommt ein starker Einfluss bei der Beeinflussung der Anzahl der effektiven Parteien im Parlament zu. Werden die Variablen zur sozialen Heterogenität noch mit den institutionellen Variablen kombiniert, können Modelle mit einer sehr hohen Erklärungskraft erzeugt werden.

Allgemein lassen sich seine Erkenntnisse wie folgt formulieren: Je ländlicher, weniger dicht besiedelt, religiös homogen und kleiner die Distriktgrösse in einem Kanton, desto kleiner ist die Anzahl Parteien im Parlament. Umgekehrt weist ein urbaner, religiös diverser Kanton mit tiefen Wahlhürden eine höhere Anzahl parlamentarische Parteien auf. Es kann also gefolgert werden, dass soziokulturelle und strukturelle Cleavages mit Ursprung in der Reformation und der Bildung von Nationalstaaten auch heute noch einen Einfluss auf das Parteiensystem ausüben. Dies trifft vor allem zu, wenn soziokulturelle Differenzen zusätzlich noch weitere Konflikte ausdrücken, sich Cleavages also überlagern (zum Beispiel bei territorialen Konflikten (Zentrum-Peripherie) oder solchen der Identität (Staat-Kirche)), wie dies noch häufiger in Schweizer Kantonen der Fall ist, wo das Zent-

rum anti-klerikal und liberal, die Peripherie aber katholisch und konservativ ist (Vatter, 2003, 455). Ladner (2004, 451) stellt allerdings keine eindeutige Entwicklung der Cleavages fest.

4.2.1 Zentrum-Peripherie und Staat-Kirche

Aus diesen beiden Konflikten bildeten sich die beiden ältesten und klassischen Mitte-Parteien der Schweiz: Die liberale FDP, welche primär in den säkularen Zentren stark war und die katholische CVP mit Hochburgen in den katholischen peripheren Gebieten, wobei die in protestantischen Kantonen die Rolle der CVP übernehmende EVP allerdings marginal geblieben ist.

4.2.1.1 Zentrum-Peripherie

Als möglichen Zentrum-Peripherie-Cleavage der Schweiz in der Vergangenheit lässt sich der Jura-Konflikt erwähnen. Dieser ist allerdings gleichzeitig auch ein linguistischer und religiöser Konflikt (Lijphart, 1979, 455). Dies gilt jedoch nicht nur für den Jura, sind doch der Zentrum-Peripherie- und der Staat-Kirche-Cleavage in der Schweiz allgemein kaum auseinander zu halten (Ladner, 2004, 396). Aus diesem Grund werden die beiden Konflikte hier auch im gleichen Kapitel behandelt.

Lijphart relativiert allerdings auch selber, dass der Jura-Konflikt primär regional, und nicht national, ausgerichtet ist. Hinzu kommt, dass der Jura-Konflikt just 1979 mit dem erprobtem Mittel des Föderalismus denn politisch auch weitgehend befriedet werden konnte. Mit der Gründung eines souveränen Kantons Jura konnten die Cleavages und ihre politische Verlängerung effizient eingedämmt werden.

Ein weiterer kleiner Zentrum-Peripherie-Konflikt führte im Tessin zur Bildung der Lega dei Ticinesi. Diese besetzt jedoch zur Zeit im Nationalrat nur einen einzigen Sitz und ist nur regional bedeutsam. So kann man denn mit Sciarini und Hug (2002, 30, zitiert in Schwander, 2005) einhergehen, dass seit der Gründung des Bundesstaates 1848 der Zentrums-Peripherie-Cleavage fast völlig von der politischen Landschaft verschwunden ist, da sich auf Grund des Föderalismus kein eigentliches Zentrum bildete und den Kantonen viel Eigenständigkeit eingeräumt wurde.

4.2.1.2 Staat-Kirche

Lijphart (1979) kommt zum Schluss, dass der bedeutendste Cleavage der Schweiz derjenige der Religion sei. Er stellt fest, dass in der Schweiz die Religion den grössten Einfluss auf die Parteiwahl ausübe, grösser noch als soziale Klasse und Sprache. Bemerkenswert ist ausserdem, dass bei Lijphart (1979, 446) alle Parteien, welche als religiös gelten, gleichzeitig auch als katholisch eingestuft werden.

Trechsel (1995, zitiert in Kriesi, 1998, 178) relativiert allerdings die Aussage Lijpharts, dass der religiöse Cleavage der wichtigste der Schweiz ist, mit dem Befund, dass der Konflikt zwischen Katholiken und Protestanten zwar immer noch einen hohen Einfluss auf das Wählerverhalten ausübe, seine beherrschende Stellung aber verloren habe. Die aktuellere Literatur ist denn auch nicht ganz einig über die Rolle der Religion: Während Vatter (2003) immer noch einen grossen Einfluss der Religion ausmacht, spricht Ladner (2004, 451) ebenfalls von einem Rückgang dieser Cleavage. Eine mögliche Erklärung für einen Rückgang (falls er sich denn tatsächlich empirisch einwandfrei bewiesen liesse) könnte in der zunehmenden Säkularisierung der Bevölkerung liegen, welche sich auch in einem verringerten Einfluss der Religion auf die Parteiwahl ausdrücken könnte. Die ungeklärte Stellung der Religion lässt aber auch Möglichkeiten offen für weitere Spekulationen: Vielleicht müsste einmal genauer untersucht werden, ob sich der religiöse Cleavage nicht verschoben hat und nun in einem Wert-Cleavage Ausdruck findet? Schon immer machten normative Diskussionen einen grossen Teil des Staat-Religion-Cleavages aus, vielleicht hat sich diese normative Diskussion nun vom religiösen Aspekt gelöst?

4.2.1.3 Linguistischer Cleavage

Sprachregionale Cleavages üben in der Schweiz einen beträchtlichen Einfluss auf die Wahlergebnisse aus, auch wenn sie nicht durch eine bestimmte Partei einer Sprachregion ausgedrückt werden. Das Wahlverhalten der drei Sprachregionen ist signifikant unterschiedlich, der sprachregionale Cleavage ist jedoch im Prinzip ein interkantonaler Cleavage (französische gegen deutsche Schweiz) (Ladner, 2004, 410).

Der Einfluss der sprachlichen Trennung spielt in gemischt-sprachlichen Kantonen eine zusätzlich spezielle Rolle. So finden sich in den Kantonen Bern, Wallis und Freiburg von jeweils der SP und der CVP zwei sprachlich getrennte eigenständige Sektionen (Ladner, 2001, 46f.).

4.2.2 Materialisten-Postmaterialisten

Ähnlich wie Lipset und Rokkan erstellt Lijphart (1981, zitiert in Ladner, 2004, 294f.) eine Typologisierung von sozialen Konflikten. Er spricht allerdings nicht von Cleavages, sondern von ideologischen Polaritäten. Eine davon, die Dimension des Postmaterialismus, soll hier speziell erwähnt werden, weil sich bei Lipset und Rokkan kein Pendant dazu findet. Dieser Ansatz ist allerdings auch umstritten, denn es ist unklar, ob er eine neue Konfliktlinie beschreibt, welche zu einer zusätzlichen Differenzierung des Parteiensystems führt (Ladner, 2004, 296). Das Paradebeispiel für einen solchen Konflikt ist die Diskussion um den Umweltschutz. Zwar haben sich hier in den letzten 30 Jah-

ren neue Parteien mit speziell ökologischer Ausrichtung gebildet, allerdings bestehen auch viele Gemeinsamkeiten mit den sozialdemokratischen Parteien (vgl. auch Geser, 2003).

4.2.3 Stadt-Land

Das Aufkommen des Stadt-Land-Cleavages führte in der Schweiz nicht überall zur Gründung einer neuen Partei. Traditionell positionierte sich lange Zeit die SVP entlang dem Stadt-Land-Cleavage (Bornschieer und Helbling, 2005, 21), dies allerdings nur in den protestantischen Gebieten (Ladner, 2004, 406). In den katholischen Gebieten war die integrierende Kraft der Konfession genügend gross, um eine Abspaltung zu verhindern. Allgemein hat der Stadt-Land-Cleavage in der Schweizer Geschichte eine geringere Rolle gespielt als der religiöse Cleavage, da er von diesem häufig auch überlagert wurde. Die Konfliktintensität des Stadt-Land-Cleavages war Ende des 19. Jahrhunderts vor allem in den protestantischen, ruralen Gebieten am ausgeprägtesten, was auch erklärt, wieso sich die SVP (damals BGB) dort als erstes herauszubilden begann (Ladner, 2004, 407f.).

4.2.4 Arbeit-Kapital

Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital lässt sich auch als Konflikt der Klassen beschreiben. Dieser Konflikt führte in der Schweiz zur Gründung der sozialdemokratischen Partei SP. Im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen sich neben oder anstatt einer sozialdemokratischen Partei eine kommunistische Partei bildete, ist die Partei der Arbeit (PdA) in der Schweiz nur in der französischsprachigen Schweiz stark genug um nationale Repräsentation zu erlangen. Hier finden sich also Parallelen zwischen dem linguistischen Cleavage, welcher (wie am Beispiel des Jura in Kapitel 4.2.1.1 gezeigt) allerdings eher zum Zentrum-Peripherie-Cleavage gehört.

Soziale Klasse hat bei Lijphart (1979) in der Schweiz den schwächsten Einfluss seiner untersuchten Variablen, hinter der Religion und der Sprache.⁴ Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass die Anliegen der Arbeiterbewegung relativ rasch in die Politik aufgenommen wurden, auch wenn es bis 1943 dauerte, bis die SP in die nationale Regierung aufgenommen wurde.

Ladner (2004, 404) kommt nach seinen Untersuchungen zum Schluss, dass der Klassen-Cleavage in den verschiedenen Kantonen nur Ende des 19. Jahrhunderts starke Auswirkungen auf die Wahlwahrscheinlichkeit der SP ausübte. Mit anderen Worten: Die SP ist heute nicht mehr dort stark, wo der Arbeit-Kapital-Cleavage die Gesellschaft am ehesten in zwei Lager spaltet, der Erfolg der SP lässt sich heute nicht mehr in Zusammenhang mit dem Klassen-Cleavage bringen. Allerdings trug dieser Cleavage sehr wohl zur Herausbildung der SP bei.

⁴ Wobei es allerdings zu bemerken gilt, dass der Einfluss der sozialen Klasse in der Schweiz signifikant stärker ist als in den anderen untersuchten Ländern.

Die Untersuchung von Lijphart liegt nun bereits über 25 Jahre zurück. Es ist allerdings vorstellbar, dass sich dieser Konflikt zum postulierten neuen Cleavage zwischen Managern und soziokulturellen Professionals (Kapitel 4.3.1) verlagert hat. Heute aktuelle Themen in der Arbeiterbewegung dürften sich analog zu Ingleharts These des Postmaterialismus eher an Werten wie Selbstverwirklichung, Anerkennung und Wertschätzung orientieren als an der vormals wichtigen Existenzsicherung. Was allerdings geblieben ist, ist dass immer noch die SP eine wichtige Rolle in diesem Konflikt (so er sich denn auch gewandelt hat) übernimmt: Die SP kann man heute gerade so gut als Partei der gelehrten Oberschicht, welche am ehesten postmaterialistische Werte und Ziele verfolgt, wie als Partei der manuellen Arbeiter bezeichnen. Dieses Bevölkerungssegment wurde immer mehr von der SVP übernommen (vgl. Kapitel 4.3.2).

Der Cleavage Arbeit-Kapital bleibt vor allem in den gemischten französischen Gebieten wichtig, während sein Einfluss in den gemischten deutschen Gebieten tatsächlich nachgelassen hat.⁵

4.3 *Cleavages von morgen*

Die Frage nach der Möglichkeit der Entstehung von neuen Cleavages ist in der Literatur noch nicht schlüssig beantwortet (Ladner, 2004, 311). Ladner findet allerdings in seinen Untersuchungen Hinweise dafür, dass sich der Erfolg der einzelnen Parteien heute nur noch bedingt mit der Bedeutung der für ihre Herausbildung verantwortlichen Cleavages erklären lässt. Vielmehr sind es Ideologien, Grundeinstellungen und Werte, welche Parteien heute strukturieren (Ladner, 2004, 454). Auch wenn es in der Politik primär natürlich immer noch um Macht und Interessensvertretung geht, müssen die politischen Ideen wieder stärker berücksichtigt werden. „*Nach wie vor gibt es unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie das gesellschaftliche Zusammenleben organisiert und wie Macht und Reichtum verteilt werden sollen.*“ (Ladner, 2004, 454f.).

Betrachtet man die Spaltung zwischen Materialisten und Postmaterialisten als möglichen neuen Cleavage, so hat sich dieser tatsächlich auf der politischen Ebene noch nicht klar manifestieren können; grüne Parteien haben gemäss Gallagher (1995, 227ff., zitiert in Ladner, 2004, 311) den grossen Durchbruch noch nicht geschafft. Dem ist allerdings entgegenzuhalten, dass die Grüne Partei in der Schweiz in den letzten Nationalratswahlen 2007 20 von 200 Sitzen im Nationalrat erzielte,⁶ was man durchaus auch als Durchbruch sehen könnte. Neuere Untersuchungen über diesen Cleavage anhand aktueller Zahlen wären also sicher angezeigt.

⁵ Ähnliches findet sich auch bei Geser (2003), der die ökologische Einstellung der Parteien in der Schweiz untersucht und feststellt, dass ebenfalls bei den linken Parteien in der deutschen Schweiz der Einsatz für die Umwelt früher nachgelassen hat, während die ökologische Orientierung der Parteien in den französischen Kantonen noch eine prominentere Stellung einnimmt.

⁶ Bundesamt für Statistik, online im Internet [Stand: 24.01.2008]: http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/blank/key/national_rat/mandatsverteilung.html

Hinzu kommt der weiter unten (Kapitel 4.5) beschriebene Aufstieg der SVP, welcher je nach Sichtweise ebenfalls als Ausdruck eines neuen Cleavage gesehen werden kann.

Auch Ladner (2004, 413f.) stellt einige Perspektiven für die Schweizer Parteien in Abhängigkeit der Entwicklung der Cleavages auf: Die CVP dürfte es in Zukunft doppelt schwierig haben. In ihren Hochburgen ist sie nicht mehr immer dominierend (der religiöse Cleavage verliert an Bedeutung) und wird von der SVP bedrängt. Für die SP gibt es auf dem klassischen Arbeit-Kapital-Cleavage keine weiteren Wachstumsmöglichkeiten, was sich bereits in ihrer neuen Ideologisierung und Orientierung widerspiegelt. Für die SVP als Vertreterin des Stadt-Land-Cleavage ergeben sich noch weitere Möglichkeiten in denjenigen Kantonen, in denen der Stadt-Land-Konflikt virulent bleibt (allerdings verschweigt Ladner hier, welche Kantone dafür in Frage kommen). In allen anderen Kantonen muss sie sich eine neue Wählerschaft über neue Themen sichern (vgl. Kapitel 4.5).

Eine neue Spaltung kann dann auftreten, wenn ein zentraler neuer Konflikt quer zu den etablierten Spaltungen führt und deshalb nicht im bestehenden Parteiensystem verarbeitet werden kann (Bornschieer und Helbling, 2005, 20). Alte, seit langem bestehende sozioökonomische Sachfragen wie beispielsweise die soziale Ungerechtigkeit oder der wirtschaftliche Wohlstand üben unabhängig von der sozialen Stellung der Wählenden immer noch einen Einfluss auf die Parteiwahl aus. Andererseits spielen aber in jüngster Zeit vermehrt auch postmaterialistische Debatten eine wichtige Rolle. Solche Sachfragen führen aber gleichzeitig zu einer Abschwächung von traditionellen sozialen Bindungen, da sich die neuen Debatten häufig mit den alten Konfliktstrukturen überschneiden. Dies ermöglicht, dass beispielsweise Themen wie der Umweltschutz oder Frauenrechte für Wähler aus unterschiedlichen sozialen Schichten zu einem wichtigen Thema werden (Bornschieer und Helbling, 2005, 26). Der Wertewandel und das Aufkommen von neuen Themen haben zwei Folgen: Es bilden sich neue politischen Allianzen zwischen sozialen Gruppen und Interessengruppen und alte Parteien richten sich neu aus. In seltenen Fällen können sich aus den neuen Konflikten auch neue Parteien bilden (wie bei den grünen Parteien geschehen).

Schwander (2005, 16) beschreibt in ihrer Arbeit zwei neue, in der Schweiz relevante Cleavages:

1. Der Wert-Cleavage zwischen Managern und soziokulturellen Professionals
2. Der Cleavage zwischen Verlierern und Gewinnern der Globalisierung (vgl. dazu auch Kriesi, 2005b)

4.3.1 Der Wert-Cleavage zwischen Managern und soziokulturellen Professionals

In seinem Artikel spricht Kriesi (1998) einen möglichen neuen Cleavage an: Denjenigen der Werte. Er stellt fest, dass es einen substantiellen Unterschied zwischen den beiden Gruppen der so genannten „Neuen Mittelklasse“ gibt, zwischen den Managern und den soziokulturellen Professionals,

welche wichtige Auswirkungen auf die Politik hat. Diese zwei Gruppen vertreten nicht nur unterschiedliche Wertorientierungen, sondern sie fällen auch andere politische Entscheidungen.

Die Klassenstruktur in Westeuropa hat sich seit dem zweiten Weltkrieg stark verändert, die beiden alten grossen Gruppen der Bevölkerung (Arbeiter und Mittelklasse) sind kontinuierlich kleiner geworden. Parallel dazu hat sich durch die Expansion des Dienstleistungssektors eine neue Mittelklasse gebildet, welche nun die grösste soziale Klasse Westeuropas darstellt. Diese Klasse ist äusserst heterogen, zusammengesetzt aus den Managern, welche dadurch ausgezeichnet werden, dass sie Autorität über andere Angestellte ausüben und die Arbeit anderer überwachen. Sie vertreten eher Werte der alten Mittelklasse, bevorzugen Marktlösungen und freien Handel und eine eher autoritäre, paternalistische Gesellschaft. Sie wählen eher rechte, konservative Parteien und lassen sich kaum von neuen sozialen Bewegungen mobilisieren (Kriesi, 1998, 169).

Die soziokulturelle Professionals hingegen zeichnen sich durch spezialisierte Kenntnisse und Expertisen aus und arbeiten häufig mit anderen Menschen zusammen. Sie legen viel Wert auf individuelle Autonomie und eine egalitäre Verteilung von Ressourcen. Sie vertreten eher klassische sozialdemokratische Positionen und postmaterialistische Werte und wählen linke Parteien.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Individuen mit ähnlicher Wertorientierung ähnlich wählen wie andere Wähler mit gleicher Orientierung, auch wenn diese aus einer anderen sozialen Klasse stammen. Es findet sich hier also ein Primat der Werte gegenüber der Klasse; der Klassen-Cleavage hat auf Kosten des Wert-Cleavage an Einfluss verloren (Kriesi, 1998, 174). Gleichzeitig kann aber Klasse nicht die einzige Determinante für den Wert-Cleavage sein. Kriesi verweist in diesem Zusammenhang auf Inglehart (1977, 1985, 1990), der von einem Einfluss der Generationen spricht. Dieser hat gezeigt, dass nachfolgende Generationen immer stärker postmaterialistische Werte verfolgen als ihre Vorgänger. In der Schweiz äussert sich dies in einer Verschiebung nach links aller Segmente der neuen Mittelklasse und des Kleinbürgertums (Kriesi, 1998, 176).

Der Wert-Cleavage dreht sich zudem immer auch um Fragen der nationalen Identität, was sich besonders erkennbar an Abstimmungen über das Verhältnis zu Europa macht (Sciarini und Hug, 2002, zitiert in Schwander, 2005, 17). Kriesi (1998, 166) stellt fest, dass die Wertorientierungen wichtiger sind für die individuellen Wahlentscheide als strukturelle Variablen und dass sich in den Jahren 1973 bis 1990 die Bedeutung der Wertorientierung vergrössert hat.

Dieser neue Wert-Cleavage weist zwei der drei Eigenschaften eines Cleavages gemäss Bartolini und Mair (1990) auf: Eine strukturelle Basis, zusammengesetzt aus beruflicher Position, Generation und Religion. Das Kriterium des Cleavage-Bewusstsein wird durch die Wert-Orientierung erfüllt. Es fehlt allerdings das organisatorische Element. Kriesi (1998, 169) erklärt dies mit der Vorliebe für Autonomie und Eigenständigkeit der soziokulturellen Professionellen. Ebenfalls wäre zu klären, ob es sich bei diesem Cleavage nicht um eine Ausprägung der Materialismus-Postmaterialismus-

Ideologie (vgl. Kapitel 4.2.2) handelt, ob beim Wert-Cleavage also tatsächlich von einem neuen Cleavage gesprochen werden kann, oder ob dieser ganz einfach von Lipset und Rokkans Typologie nur nicht erfasst worden war.

4.3.2 Der Cleavage zwischen Verlierern und Gewinnern der Globalisierung

Neben dem neuen Konflikt zwischen den beiden Gruppen der „Neuen Mittelklasse“ spricht Kriesi (1998) noch einen weiteren Konflikt an, auf welchen er aber nicht im Detail eingeht: Der Cleavage zwischen den Gewinnern in der Mittelklasse und den Verlierern der Unterklasse im „Rennen zur Modernität“. Diesen Cleavage nimmt er mit speziellem Blick auf die Schweiz in seinem Buch „Der Aufstieg der SVP“ (2005) auf, während sich auch McGann und Kitschelt (2005) dem Erfolg der SVP widmen. Dass der jüngere Erfolg der SVP nicht auf den klassischen Stadt-Land-Konflikt zurückzuführen ist, bestätigt auch Ladner (2004, 453). Am stärksten bemerkbar mache sich die Erosion der herkömmlichen Cleavage-Struktur zudem beim Agrarkonflikt, wo früher ebenfalls die SVP Ton angehend war, welche sich heute aber primär als „Partei des Mittelstandes“ positioniert. Die Globalisierung und die damit verbundenen Prozesse der Grenzöffnung und Entnationalisierung schaffen Voraussetzungen für die Entstehung eines neuen Cleavages: Der Cleavage zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung. Dieser neue Cleavage verläuft nicht entlang der Linie klassischer Cleavages, sondern quer zu ihnen.

Die strukturelle Unterscheidung der Gewinner und Verlierer läuft primär über den Beruf und die Wertorientierung. Die Lebenschancen der Verlierer der Globalisierung wurden vorher durch nationale Grenzen geschützt, der Prozess der Öffnung der Grenzen schwächte diesen Schutz nun jedoch ab. Anders ist dies bei den Gewinnern der Globalisierung; deren Lebenschancen steigen mit Öffnung der Grenzen. Das entscheidende Kriterium ist hierbei die Mobilität des einzelnen (Baumann, 1998, 9, zitiert in Schwander, 2005, 19).

Die Globalisierung wirkt über drei Mechanismen der Formierung von Verlierern und Gewinnern:

1. Globalisierung steigert durch Deregulierung wirtschaftliche Konkurrenz. Gewisse Bevölkerungsgruppen verlieren ihre alten Eigentumsrechte und Privilegien, betroffen sind v. a. Bürger mit Tätigkeiten im Binnensektor (da dieser früher häufiger geschützt worden war), während Sektoren, welche früher schon dem Wettbewerbsdruck ausgesetzt waren (z.B. Exportsektor) von einer Grenzöffnung profitieren.
2. Eine vermehrte Immigration führt zu kulturellem Wettbewerb, die Wertorientierung kommt ins Spiel: Immigranten gelten nicht mehr nur als Konkurrenten um den Arbeitsplatz, sondern auch als Bedrohung der kollektive Identität.

3. Die Grenzöffnung erhöht die politische Konkurrenz zwischen Nationalstaaten und supra- und internationalen Kräften. Die Nationalstaaten verlieren gewisse makroökonomische Mittel, was sich in materiellen Verlusten z.B. bei den traditionellen Industriearbeitern auswirkt. Zusätzlich gilt: Wer sich stark mit der nationalen Gemeinschaft identifiziert, wird die Schwächung der nationalen Institutionen als Verlust empfinden.

Die Verlierer der Globalisierung sind demzufolge die Unternehmer (KMU), die qualifizierten Arbeitnehmer aus vormals geschützten Sektoren, die unqualifizierten Arbeitnehmer und Bürger mit starker nationaler Identifikation.⁷ Die Gewinner der Globalisierung sind Unternehmer und qualifizierte Arbeiter aus Sektoren aus schon früher der Konkurrenz ausgesetzten Sektoren und Kosmopoliten.

Eine politische Artikulation gestaltet sich auf Grund der starker Heterogenität der beiden Gruppen schwierig, der neue Cleavage läuft nicht entlang klassischer Cleavages und etablierten politischen Linien. Die etablierten Parteien versuchen meistens, Gewinner der Globalisierung anzusprechen, da sie die Globalisierung und ihre Folgen als unvermeidlich anschauen. Die Folge ist, dass zuvor periphere politische Akteure den Cleavage aufnehmen können und so an Bedeutung gewinnen. Das Paradebeispiel in der Schweiz ist die SVP, welche sich von einer protestantischen Bauernpartei zur (unter anderem) Anti-Integrationspartei wandelt. Die Stammwählerschaft der SVP wird heute v. a. durch ungelernete Arbeiter ergänzt.⁸ Laut Kriesi (2005b) ist in erster Linie dieser Wandel und die thematische Fokussierung der SVP auf Fragen der aussenpolitischen Öffnung für den jüngeren Erfolg der SVP zuständig. Auffällig ist allerdings, dass die SVP nicht ökonomisch, sondern kulturell argumentiert.

4.4 „Frozen-Party-Systems“ in der Schweiz?

Ladner (2004, 454) versucht, die Frage nach der Stabilitätsthese in der Schweiz zu beantworten und stellt sie der These von Kirchheimer gegenüber, der erwartet, dass sich die Parteien immer weiter weg von ursprünglichen Milieus, hin zu catch-all-Parteien, bewegen. Gleichzeitig bleiben aber die klassischen Cleavages bestehen.

Der Weg zur catch-all-Partei von Kirchheimer lässt sich anhand der folgenden drei Punkten beschreiben:

1. Die Parteien rücken auf der links-rechts-Skala zur Mitte, es bildet sich ein zentripetaler Parteienwettbewerb (vgl. dazu auch Ware (1996, 170));

⁷ Für Studien zum Wahlverhalten dieser Gruppe, vgl. McGann und Kitschelt (2005) und Lachat und Selb (2005).

⁸ Zur „Erfolgsformel“ der SVP, vgl. McGann (2005).

2. Die Parteien werden heterogener und wollen einen breiten Kreis der Bevölkerung ansprechen;
3. Die Parteien lösen sich aus der ideologischen Verpflichtung ihrer Mitglieder, um möglichst grosse Handlungsfreiheit zu besitzen.

Zentripetaler Wettbewerb würde bedeuten, dass sich linke Parteien nach rechts, und rechte Parteien nach links bewegen würden (beide zur Mitte). Aber das Gegenteil scheint der Fall zu sein: Polarisierende Kantonalparteien der SP und SVP sind erfolgreicher bei Wahlen als gemässigte Kantonalparteien.

Die These der „Frozen-Party-Systems“ von Lipset und Rokkan trifft gemäss Vatter zum Teil noch zu, wobei allerdings mit wachsender sozialer Modernisierung die Heterogenität von sozialen Interessen stark zunimmt, die Rolle der Parteien immer diverser wird und diese immer mehr und aktuellere Interessen der Bevölkerung abdecken müssen. Hier dürften neue Cleavages in der Bevölkerung eine gewichtige Rolle spielen.

Ladner (2004, 431) kommt ebenfalls zum Schluss, dass die Stabilitätsthese auf die Schweiz eindeutig nicht zutrifft. Es kann aber auch nicht von einer Annäherung der Parteien zur Mitte (catch-all-Parteien) gesprochen werden. Das Parteiensystem zeichnet sich weiterhin durch eine grosse Stabilität aus. Aber: Die Parteien haben sich soweit gewandelt, dass sie heute andere Cleavages als zu ihrer Gründungszeit repräsentieren.

4.5 Der Aufstieg der SVP als Beispiel für den Einfluss neuer Cleavages auf das Parteiensystem

Der Aufstieg der SVP ist Ausdruck des sozialen Wandels, den die Schweiz vor allem seit Beginn der 1990er Jahre erlebt hat, insbesondere der abnehmenden politischen Bindungskraft traditioneller Konfliktlinien. Die traditionellen strukturellen Konflikte zwischen Klassen, Konfessionen und zwischen Stadt und Land haben an politischer Bedeutung verloren. Die ehemals protestantische Bauern- und Gewerbeartei ist in allen Kantonen⁹ zu einer catch-all-Partei geworden (Kriesi, 2005b, 256).

4.5.1.1 Evolution

Vor der ideologischen Neuorientierung der 1990er Jahre erzielte die SVP gemäss McGann und Kitschelt (2005, 153) regelmässig 11-13% der Stimmen bei den Nationalratswahlen, ihre Wähler setzten sich in erster Linie aus protestantischen Bauern zu kleinen Unternehmern zusammen. Sie führen den Erfolg der neuen Ausrichtung unter anderem auch darauf zurück, dass sich auf Grund sozialer

⁹ Mit Ausnahme der beiden traditionell katholischen Kantone Nidwalden und Appenzell AR (Kriesi, 2005b, 5).

und demographischer Veränderungen eine grosse gesellschaftliche Nachfrage nach neuen radikalen rechten Parteien bildete. Während vor den 1990er die Freiheitspartei (FPS) und die Schweizer Demokraten (SD) die rechten Nischen besetzten, liefen diese Wähler unter der neuen Ausrichtung zur SVP über. Die SVP hat also nicht als rechte Partei begonnen, sondern eine rechte Gruppierung innerhalb der Partei hat die Partei nach rechts bewegt.

4.5.1.2 Sozio-Ökonomie des Elektorates

McGann und Kitschelt (2005, 149) sprechen von einer „Gewinnformel“, welche die rechten Parteien ansprechen müssen, um erfolgreich zu sein: Eine Kombination aus Opposition gegen Immigration, Unterstützung von freier Marktwirtschaft (für die kleinen und mittleren Unternehmer) und soziokulturellem Konservatismus (für die national-konservative Wähler). Die SVP gehört deshalb weder nur zur neoliberalen (freie Marktwirtschaft, Mittelständische Wählerschaft) noch nur zu national-populistischer (fremdenfeindlich, spricht v.a. Arbeiter an) Sparte, sondern vereint in sich Vertreter aus beiden Kategorien. Sie vertritt ein Elektorat, welches durch Modernisierung und Prozesse des Kapitalismus bedroht ist.

4.5.1.3 Politische Issue-Positionen und Ideologien

Um ihrer heterogenen Wählerschaft gerecht zu werden, muss die SVP vordergründig widersprüchliche Positionen vertreten. Eine marktwirtschaftliche Öffnung, wie sie der wirtschaftsliberale Flügel anstrebt, dürfte dem Bauerngewerbe kaum förderlich sein. Dass diese trotzdem die SVP unterstützen, ist darauf zurückzuführen, dass die Bauern die SVP in erster Linie wegen ihrer Abgrenzung nach aussen unterstützen (Kriesi, 2005b, 260). Gerade die Thematik der aussenpolitischen Öffnung¹⁰ dürfte für die SVP in Zukunft stärkere innere Belastungen mit sich bringen. Um die aus der Globalisierung herausgehenden Verlierer (Bauern und unselbstständige Handwerker) zufriedenzustellen, muss sich die SVP klar gegen eine aussenpolitische Öffnung stellen. Die in der SVP ebenfalls (zumindest teilweise) vertretene neue Mittelstandsklasse der Manager dürfte hier aber bereits ambivalenter eingestellt sein. Mit genügendem Spezialisierungsgrad dürften ihre Fähigkeiten genügend hoch sein, um sich in einem Wettbewerb nach der aussenpolitischen Öffnung zu behaupten. Der Erfolgsfaktor der SVP im Gegensatz zu anderen, weniger erfolgreichen rechten Parteien, besteht darin, dass die angesprochenen demographischen Gruppen in der Schweiz grösser sind als in anderen Ländern (McGann und Kitschelt, 2006, 163). Die negative Positionierung der SVP gegen die EU bringt ihr grosse Unterstützung in der Schweiz. Sie hat gezeigt, dass es möglich ist, Unterstützung der Arbeiter zu erhalten, ohne die Stimmen der Mittelklasse zu verlieren, indem sie Frem-

¹⁰ McGann und Kitschelt (2005, 160) sehen die Ablehnung der EU als grössten Prädiktor für die Unterstützung der SVP.

denfeindlichkeit mit freier Marktwirtschaft kombiniert. Der Anteil der Arbeiter, welche nicht durch Einschnitte in der Wohlfahrt abgeschreckt werden und des Mittelstandes, welche nicht durch die Xenophobie abgeschreckt werden, könnte nun jedoch erreicht sein (McGann und Kitschelt, 2005, 164). Diese Aussage unterstützt auch Kriesi (2005b), welcher folgert, dass die SVP in vielen Kantonen ihren Zenith erreicht haben könnte.

Die erfolgreiche Expansion der SVP hatte zur Folge, dass sich das Schweizer Parteiensystem heute in drei Lager gliedert: Den klassischen Linksparteien, welche für den Wohlfahrtsstaat und den Umweltschutz eintreten, steht ein geteiltes bürgerliches Lager gegenüber. Dieses wird durch den kulturell Gegensatz zwischen den Vertretern einer offenen, kulturell liberalen Schweiz und den Verteidigern der Schweizer Tradition gebildet. Der gemässigten Rechten, zusammengesetzt aus Freisinnigen, Christdemokraten und Liberalen, die sich durch eine sowohl wirtschaftlich als auch sozial liberale Haltung kennzeichnet, steht die national-konservative SVP gegenüber, welche eine kulturell konservative, wirtschaftlich aber ambivalente Linie verfolgt (Kriesi, 2005b, 261).

Der Aufstieg der SVP und die Polarisierung entlang der politischen Sachfragen, die mit dem Cleavage um aussenpolitische Öffnung zusammenhängen, sind gemäss Borschier und Helbling (2005, 35) Anzeichen für eine nachlassende Bedeutung alter Parteibindungen und der etablierten Konfliktstrukturen. Ob sich dieser Cleavage in Zukunft fest wird etablieren können, können aber auch sie nicht abschliessend beurteilen. An anderer Stelle wird jedoch vermutet, dass dieser Konflikt noch für längere Zeit die Schweizer Politik beeinflussen wird (Kriesi, 2005b, 261), was bedeuten würde, dass sich auch die Abbildung des Konfliktes in der Politik verstärken wird.

5 Fazit und Ausblick

Sowohl die soziostrukturellen als auch die inhaltlichen Grundlagen der Cleavages lassen sich heute nur noch schwer mit denjenigen von vor hundert Jahren vergleichen. Am offensichtlichsten ist dies beim Cleavage Arbeit-Kapital: Die SP hat sich (ähnlich wie auch die „New Labour“ in England und die SPD in Deutschland) neu orientiert und sich vom klassischen Kampf Arbeit gegen Kapital verabschiedet (obwohl hierbei in der Schweiz noch regionale Unterschiede bestehen) und sich neu ausgerichtet. Für Anhänger der „neuen“ linken Parteien stehen heute vermehrt Werte im Vordergrund, welche das Gedankengut der 1968er- und der Ökologie-Bewegung widerspiegeln (Ladner, 2004, 312).

Kriesi (1998, 181) betont aber: Die Abschwächung der traditionellen Cleavages bedeutet kein Ende der Strukturierung der Politik durch soziale Teilungen. Vielmehr muss theoretisch und empirisch erarbeitet werden, welche sozialen Gräben heutzutage relevant geworden sind. Mit der Identifizierung der beiden neuen Cleavages zwischen Managern und soziokulturellen Professionals und den

Gewinnern und Verlierern der Globalisierung dürfte ein erster Schritt in diese Richtung getan worden sein.

Ich kann mich deshalb dem Urteil von Schwander (2005) anschliessen. Klassische Cleavages scheinen auch in der Schweiz zu verschwinden und werden durch einerseits den Wert-Cleavage zwischen den beiden Gruppen der neuen Mittelklasse (Manager und soziokulturelle Professionals) und andererseits den Konflikt zwischen Verlierern und Gewinnern der Globalisierung ersetzt. Gerade der zweite Konflikt zeigt in der Schweiz bereits politische Resultate, nämlich in Form des Aufstiegs der SVP zur national stärksten Partei. Der erste Cleavage zwischen den Managern und den soziokulturellen Professionals ist bis anhin in der Schweiz politisch noch weniger zum Ausdruck gekommen, wobei es auch Anzeichen dafür gibt, dass er sich ebenfalls im Erstarren der SVP abzeichnet.

Allerdings muss diesen Schlussfolgerungen auch ein grosses theoretisches Fragezeichen angefügt werden. Vorerst, muss man sich einig werden, ob bei diesen beiden neuen Konflikten überhaupt von einem Cleavage gesprochen werden kann. Die Manager und soziokulturellen Professionals, sowie die Gewinner und Verlierer der Globalisierung, mögen zwar durch gemeinsame soziale Eigenschaften gekennzeichnet sein, fraglich ist aber noch, ob sie sich tatsächlich auch dadurch identifizieren, ob ihnen diese Spaltung bewusst ist, wie dies Bartolini und Mair (1990, 213, zitiert in Ladner, 2004, 279) als notwendiger Bestandteil eines Cleavages definieren. Allerdings erwähnt auch Ladner (2004, 431) die Schwierigkeit der empirischen Operationalisierung des Cleavage-Konzept von Bartolini und Mair. Vielleicht muss für die Untersuchung neuer potentieller Cleavages also auch von diesem relativ rigiden Konzept abgewichen werden, oder aber es müssen gar neue Konzepte von Cleavages formuliert werden.

Literatur

- Bartolini, Stefano und Peter Mair. 1990. *Identity, competition, and electoral availability. The stabilisation of European electorates 1885-1985*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bauman, Zygmunt. 1998. *Globalization. The Human Consequences*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bornschieer, Simon und Marc Helbling. 2005. Stabilität und Wandel von Parteiensystemen und die Konfliktlinie zwischen Öffnung und Abgrenzung: der theoretische Ansatz. In *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*, herausgegeben von Hanspeter Kriesi et al. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung S. 11-40.
- Duverger, Maurice. 1951. *Les partis politiques*. Paris: Librairie Armand Colin.
- Gallagher, Michael, Michael Laver und Peter Mair. 1995. *Representative Government in Modern Europe*. New York: McGraw-Hill.
- Geser, Hans. 2003. „Wer engagiert sich noch für die Umwelt?“ Zürich: *Soziologisches Institut der Universität Zürich*.
- Inglehart, Ronald. 1977. *The silent revolution: changing values and political style among western publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald. 1985. „Aggregate stability and individual-level flux in mass belief systems: the level of analysis paradox.“ *American Political Science Review* 79:97-116.
- Inglehart, Ronald. 1990. *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton: Princeton University Press.
- Kriesi, Hanspeter. 1998. „The transformation of cleavage politics, the 1997 Stein Rokkan lecture.“ *European Journal of Political Research* 33:165-185.
- Kriesi, Hanspeter. 2005a. Einleitung. In *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*, herausgegeben von Hanspeter Kriesi et al. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung S. 1-8.
- Kriesi, Hanspeter. 2005b. Zusammenfassung und Schlussfolgerung. In *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*, herausgegeben von Hanspeter Kriesi et al. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung S. 256-270.
- Lachat, Romain. 2006. „A Tale of Two Councils. Explaining the Weakness of the SVP in the Upper House of the Federal Parliament. National Elections in Switzerland: an Introduction.“ *Swiss Political Science Review* 12:77-100.
- Lachat, Romain und Peter Selb. 2005. Schweiz. In *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*, herausgegeben von Hanspeter Kriesi et al. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung S. 41-58.
- Ladner, Andreas. 2004. *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen*. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Ladner, Andreas. 2006. Politische Parteien. In *Handbuch der Schweizer Politik*, herausgegeben von Ulrich Klöti, Peter Knoepfel und Hanspeter Kriesi et al. 4. Auflage. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, S. 317-343.
- Ladner, Andreas und Michael Brändle. 2001. *Die Schweizer Parteien im Wandel: Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen?* Zürich: Seismo.
- Lijphart, Arend. 1979. „Religious vs. Linguistic vs. Class Voting: The ‚Crucial Experiment‘ of Comparing Belgium, Canada, South Africa, and Switzerland.“ *American Political Science Review* 73(2):442-458.
- Lijphart, Arend. 1981. Political Parties: Ideologies and Programs. In *Democracy at the Polls: A Comparative Study of Competitive National Elections*, herausgegeben von David Butler, Howard R. Penniman und Austin Ranney. Washington D.C.: American Enterprise Institute for Public Research S. 26-51.
- Lipset, Seymour Martin and Stein Rokkan. 1967. Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. In *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, herausgegeben von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan. New York: the Free Press.
- McGann, Anthony J. und Herbert Kitschelt. 2005. „The Radical Right in the Swiss Alps. Evolution of Support for the Swiss SVP and Austrian FPÖ.“ *Party Politics* 11(2): 147-171.
- Sartori, Giovanni. 1968. The Sociology of Parties. A Critical Review. In *Party Systems. Party Organizations and the Politics of the New Masses*. Beiträge zur 3. International Konferenz über Vergleichende Politische Soziologie. Berlin S. 1-25.
- Schwander, Hanna. 2005. „Das Parteiensystem der Schweiz aus dem Blickwinkel des Cleavage-Ansatzes.“ *Soziologisches Institut der Universität Zürich*.
- Sciarini, Pascal und Simon Hug. 2002. *Changement de valeurs et nouveaux clivages politiques en Suisse*. Paris: L'Harmattan.
- Steininger, Rudolf. 1984. *Soziologische Theorie der politischen Parteien*. Frankfurt a.M.: Campus-Verlag.
- Szöllösy, Gaby. 10. Januar 2008. „CVP wappnet sich gegen Angriff der SVP.“ *Tages Anzeiger* S. 3.
- Trechsel, Alexandre H. 1995. „Clivage en Suisse: Analyse des impacts relative des clivages sur l'électorat suisse lors des élections fédérales.“ *Etudes et Recherches Université Genève* 31.
- Vatter, Adrian. 2003. „Legislative Party Fragmentation in Swiss Cantons. A Function of Cleavage Structures or Electoral Institutions?“ *Party Politics* 9(4):445-561.
- Ware, Alan. 1996. *Political Parties and Party Systems*. Oxford: Oxford University Press.